

Posener Zeitung. Neunundsiebzigster Jahrgang.

Annoucen-Annahme-Bureau: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. F. Haubert & Co.

Annoucen-Annahme-Bureau: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. F. Haubert & Co.

Nr. 457.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.

Dienstag, 4. Juli (Erscheint täglich drei Mal.)

Preis 30 Pf. für sechs Monate. Für den Auslandsendungszuschlag ist zu rechnen. Die Expedition zu senden und zu erben für die an folgenden Tagen Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer 1876.

1876.

Der Staatsstreich in Bolivien.

Thomas Frias, der konstitutionelle Präsident von Bolivien, ist als Flüchtling in der Nachbar-Republik Peru eingetroffen. Sein Kriegs-Minister Daza hat an der Spitze meuterischer Soldaten ihn gefangen und des Amtes entsetzt, um selbst die oberste Gewalt an sich zu reißen.

Was längst mit trübten Ahnungen die Brust des ruhigen, wohlmeinenden Bürgers erfüllt hatte, ist endlich am Morgen des 4. Mai in Wirklichkeit getreten; ein roher, gewalthätiger, von niedrigen Trieben beherrschter Mensch, den seine schmutzige Vergangenheit in jeder anständigen Gesellschaft unmöglich machen würde, General Hilarión Daza, hat in plötzlichem Ueberfalle die Regierung des Präsidenten Dr. Frias niedergedrückt und sich zum Staatsoberhaupt aufgeworfen.

stand des Parteihasses; war doch der Verschwörer jenseit der Gort des Gelebes, hieß doch Daza stürzen die rechtmäßige Regierung stürzen, Corral aus Nader bringen und mit ihm den Krieg Aller gegen Alle entfesseln.

wieder auftauchenden Annahme, daß demnächst abermals eine Erhöhung des Militäretats zu erwarten sei. Sie schreibt:

Im vorigen Jahre fand allerdings auch eine geringe Erhöhung des Militäretats statt, allein man hatte die Ausgaben für die Errichtung eines Eisenbahnregiments gleich auf 60 Millionen Mark taxirt, und hinterher zeigte es sich, daß des Kriegsministers Ansprüche recht bedenklicher Art waren.

Heute (1. Juli) feierte eine hiesige Zeitung, das „Militärwochenblatt“, ihr 60jähriges Jubiläum. Unter den Stürmen des Kriegsjahres 1866 mußte seiner Zeit von einer Begehung des 50jährigen Bestehens dieses Blattes, welches mit dem preussischen und jetzt dem deutschen Heere so eng ver wachsen ist, abgesehen werden.

Stettin, 2. Juli. Die „Nisee-Bzg.“ meldete bekanntlich, daß neulich eine Pulververladung ohne genügende Vorsicht stattgefunden habe.

Hamburg, 25. Juni. Der Senat hat einen Antrag, betr. die Feier des zweiten Septembers gestellt, welcher dahin geht, zu genehmigen, daß der 2. September als allgemeiner Festtag im hamburgischen Staatsgebiete begangen werde.

Dresden, 1. Juli. Im preussischen Abgeordnetenhaus ist bekanntlich die Vorlage der Regierung wegen Uebernahme einer Zinsgarantie für die Berlin-Dresdener Bahn gar nicht zur zweiten Lesung gekommen, da die Budgetkommission am Dienstag Abend es abgelehnt, in die weitere Behandlung des Gegenstandes einzutreten.

Dänemark. Ueber die kritische innere Lage Dänemarks wird der „Nst. Bzg.“ aus den skandinavischen Reichen folgendes geschrieben: Das Ministerium Estrup wird das ihm ertheilte Mißtrauensvotum ignoriren und den zum vierten Male abgelehnten Landesvertheidigungsplan vorerst ad acta legen, falls es sich nicht inzwischen entschließt, ihn mit den von der Minorität des Folketings (der Regierungspartei) vorgenommenen Modifikationen dem nächsten Reichstage wieder vorzulegen.

Deutschland.

Berlin, 2. Juli.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums, Finanzminister Camphausen ist nach England, der Kultusminister Fall nach München abgereist.

Das Reichs-Gesundheitsamt wird in nächster Zeit einen Gesetzentwurf über die obligatorische Leichenschau ausarbeiten haben, über dessen Prinzipien sich der Bundesrath schon ausführlich gemacht hat.

In verschiedenen Blättern wird den offiziellen Mittheilungen, daß der preussische Landtag sich in der nächsten Session mit dem längst erwarteten Unterrichtsgeetze zu beschäftigen haben werde, widersprochen.

Die Vorarbeiten befinden sich augenblicklich in einem solchen Stadium, daß sich der Termin für die Einbringung einer Gesetzesvorlage in den Landtag noch gar nicht absehen läßt.

Nach einer von dem Gymnasialprotector Dr. D. Henke in Hörter aufgestellten Statistik der höheren Unterrichtsanstalten in Deutschland liegt es auf der Hand, daß bei der Festsetzung der Rechte der Realschulen in Preußen die Städte weit mehr interessiert sind, als der Staat.

Die „M. Bzg.“ begegnet schon jetzt der von Zeit zu Zeit immer









